

Herbstkonferenz

10. November 2023 in Berlin



Beschluss

TOP I.14

Gerichtsverfassungsrechtliche Verankerung geteilter Beförderungs- beziehungsweise

Führungsämter

Berichterstattung: Nordrhein-Westfalen, Sachsen

1. Die Justizministerinnen und Justizminister sprechen sich für den weiteren Ausbau von Modellen in Teilzeit ausgeübter Führungsaufgaben in der Justiz aus. Sie erkennen hierin eine große Chance, die Potenziale qualifizierter, zeitanteilig beschäftigter Justizangehöriger zu nutzen und diesen stärker als bisher Möglichkeiten beruflicher Fortentwicklung durch die Übernahme von Beförderungsämtern zu bieten. Sie verstehen die Ermöglichung von Führungsaufgaben in Teilzeit als Beitrag zur weiteren Stärkung der Justiz als der tatsächlichen Gleichstellung verpflichteter, attraktiver Arbeitgeberin.
2. Vor diesem Hintergrund bitten die Justizministerinnen und Justizminister den Bundesminister der Justiz zu prüfen, inwieweit die Wahrnehmung von Beförderungsämtern und Führungsaufgaben in Teilzeit neben den bisher bestehenden Möglichkeiten durch angepasste Modelle der Arbeitsgestaltung, wie zum Beispiel durch „Job-Sharing“-Modelle, gesetzlich ermöglicht werden kann.